

Maßnahmen  
zur Vitalisierung  
der politischen  
Partizipation

# Die Zukunft der Parteien in der Bürgergesellschaft

Knut Bergmann/Tobias Pohl

Die Proteste gegen Stuttgart 21 oder die großen Demonstrationen gegen Kernenergie und Atommülltransporte dienen weithin als ein weiterer Beleg, dass Parteien als Forum der politischen Partizipation ausgedient haben. Allein den direkten, projektgebundenen Formen der Bürgerbeteiligung scheint die Zukunft zu gehören. Übersehen wird dabei, dass lebendige Mitgliederparteien existenziell wichtig für das politische Leben sind. Dieser Beitrag bricht eine Lanze für das Engagement in Parteien und analysiert, was diese vermeintlichen politischen Dinosaurier tun können, um ihre Funktion besser auszufüllen. Der Text beruht auf dem Policy-Brief „Zehn Thesen für eine politische Partei mit Zukunft“ der *stiftung neue verantwortung*.

## Wertschätzung für das Engagement in Parteien

Nach wie vor engagieren sich viele Menschen in Parteien. Allen Unkenrufen zum Trotz tun dies die meisten nicht aus Eigennutz, sondern aus einem genuinen Interesse am Gemeinwohl. Diese Form des Einsatzes wird jedoch kaum als bürgerschaftliches Engagement verstanden, geschweige denn in der breiten Öffentlichkeit mit dem Prädikat „bürgerschaftlich wertvoll“ geadelt. Generell hat die Bereitschaft zum Engagement in Parteien in den vergangenen Jahrzehnten laufend abgenommen, während sich neue, zumeist aus dem Protest entstandene Formen des politischen Engagements eines großen Zulaufs erfreuen. Nicht zuletzt

deshalb ist zu vermuten, dass es nicht allein die Inhalte sind, die Aktive von den Parteien fernhalten, sondern dass es vielmehr Form, Struktur und Kultur dieser Institutionen sind, die einem stärkeren parteipolitischen Engagement entgegenstehen. Der anhaltende Vertrauensverlust und „parteiliche“ Partizipationsschwund drohen jedoch zu einem grundlegenden Legitimationsdefizit für die repräsentative Demokratie zu führen. Im Gegensatz zu monothematischen Bewegungen bündeln Parteien eine Vielzahl an Meinungen im Prozess politischer Willensbildung und fungieren als Personalreservoir für die Besetzung politischer Ämter. Not tut eine wertschätzende Perspektive. Christian Wulff hat unmittelbar nach seiner Vereidigung zum Bundespräsidenten vollkommen zu Recht gesagt, dass „wir weniger diese Aktiven kritisieren“ sollten, sondern wir seien vielmehr aufgefordert, sie „zu ermutigen und zu belobigen“.

Die Chiffre *Partei mit Zukunft* wird verstanden als Synonym für eine Partei, die sich der Notwendigkeit organisatorischer und kultureller Veränderung stellt. Dahinter versteckt sich nicht der an politische Entscheidungsträger gerichtete Wunsch nach einem leichter verdaulichen parteipolitischen Engagement, sondern sie nimmt uns alle vielmehr selbst in die Pflicht.

## Katalysator bürgerschaftlichen Engagements

Die *Partei mit Zukunft* sucht verstärkt den Anschluss an die gesamte Breite der

Zivilgesellschaft – was für sie auch heißt, sich auf ihre Herkunft zu besinnen und sich wieder verstärkt ihrem traditionellen politischen Vorfeld – oder besser: Umfeld – zuzuwenden. Bei der Zusammenarbeit mit neuen Formen zivilgesellschaftlicher Initiativen gilt es, die in Parteien weitverbreiteten Steuerungs- und Kontrollreflexe im Zaum zu halten und die Eigenständigkeit der Partner zu akzeptieren. Zudem setzt die *Partei mit Zukunft* einen Fokus darauf, Menschen zur Verantwortungsübernahme in ihrem bürgerschaftlichen Umfeld zu ermutigen und zu befähigen. Damit richtet sie ihren Blick stärker auf Initiativen jenseits der eigenen Binnenstruktur und wirkt als Verstärker bürgerschaftlicher Bewegungen auch jenseits der eigenen Partei. Denkbar ist auch, selbst zivilgesellschaftliche Projekte zu begründen, wobei wichtig ist zu erkennen, dass solche Initiativen nur akzeptiert werden, wenn sie konkreten Sachanliegen dienen und als selbstständige Organisationen geführt und wahrnehmbar sind. Der enge Austausch mit bürgerschaftlich Engagierten auf Augenhöhe erhöht die Akzeptanz von Parteien und die Problemlösungskompetenz im lokalen Bereich – die generelle Revitalisierung von Kommunalpolitik ist eine wünschenswerte Folge. Wichtig dafür ist, Menschen zu befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu erfüllen, weshalb es sich lohnt, *Community-Organizing*-Projekte und Bürgerplattformen zu unterstützen. Im Umgang mit neuen bürgerschaftlichen Akteuren erkennt die *Partei mit Zukunft*: Nur wenn sie Verantwortung teilt und Steuerungsverluste in Kauf nimmt, kann sie in einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft ihrem Gestaltungsanspruch gerecht werden.

### Menschen und Mitglieder befähigen

Auch die eigene Mitgliedschaft bedarf der Unterstützung – insbesondere dabei,

Führungsverantwortung zu übernehmen. Hierbei geht es um zielgerichtete Weiterbildungsangebote, die demokratisches Handeln und partizipative Führung in den Mittelpunkt stellen. Bei den schon existierenden Nachwuchs- und Qualifizierungsprogrammen vermeidet die *Partei mit Zukunft*, dass Personalentwicklungsinstrumente einen abschottenden Effekt haben und demokratische Prozesse unterminieren. Vielmehr nutzt sie solche Programme, um Defiziten einer ausgeprägten parteipolitischen Sozialisation gezielt zu begegnen. Ihr geht es bei Förderprogrammen daher weniger um die Vermittlung praktischer Fähigkeiten wie Rhetorik oder Pressearbeit. Die Programme stoßen vor allem eine Reflexion der eigenen Rolle an, etwa durch die gezielte Befähigung zum politischen Diskurs mit Andersdenkenden. Konkret kann dies bedeuten, dass der SPD-Nachwuchs einen Workshop zur volkswirtschaftlichen Bedeutung von Venture Capital mit Mitarbeitern eines *Private-Equity*-Unternehmens abhält oder junge CSU-Mitglieder vor Ort eine Strategie entwickeln, wie die CDU in Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg mindestens 25 Prozent erreichen kann. Gerade in der Nachwuchsarbeit lohnt es, die „Partei-brille“ abzusetzen. Sich schnell bekennen zu müssen schreckt ab – gerade Jüngere, die eben erst die *res publica* für sich entdecken. Insofern könnten Parteien gut beraten sein, in ihrem Werben für das Politische gegenüber Jugendlichen zumindest auf kommunaler Ebene punktuell zusammenzuarbeiten. So ließen sich parteiübergreifend Veranstaltungen durchführen, um politisches Interesse zu wecken, ohne zugleich das Bekenntnis zu einer Partei einzufordern. Ziel jeglicher Nachwuchsarbeit ist die gezielte pädagogische Begleitung, um kritisch-politisches Denken zu fördern. Die *Partei mit Zukunft* weiß um die Gefahren einer „Déformation professionnelle“ bei zu intensivem

frühen politischen Engagement. Umso mehr achtet sie darauf, dass politisches Engagement junger Menschen einer adäquaten beruflichen Qualifikation nicht entgegensteht.

## Förderung unterschiedlicher Partizipationsformen

Auch zukünftig sind aktive Mitglieder für Parteien unverzichtbar. Sie fungieren als notwendige Multiplikatoren, Kompetenz- und Personalressource sowie als unmittelbare Rückkoppelungsmöglichkeit für die Funktionärebene. Die *Partei mit Zukunft* weiß, dass auf immer vielfältigere Lebensentwürfe zunehmend unterschiedliche Erwartungen an eine Parteimitgliedschaft folgen. Veranstaltungen sollten gestresste Manager ebenso ansprechen wie Vollblut-Kommunalpolitiker, junge Familien und Frührentner. Hierfür ist ein neues Nebeneinander von projektartigem Engagement und klassischer Parteiarbeit erforderlich. Der Ortsverein bleibt ein wichtiger kultureller Kristallisationspunkt für das innerparteiliche Leben – Voraussetzung für inhaltlich-programmatische Mitarbeit ist er nicht. Die *Partei mit Zukunft* weiß: Verschiedene Formen des Engagements innerhalb derselben Partei widersprechen einander nicht, sondern ergänzen sich. Virtuelle Mitgliedschaften und Verbände etwa geben auch mobilen Menschen eine Chance auf nachhaltiges parteipolitisches Engagement, denn sie müssen nicht am neuen Wohnort „bei null“ anfangen. Wünschenswert ist eine lebendige Kultur von themenbezogenen Arbeitskreisen, die den Interessen der Mitglieder Rechnung trägt. Überparteiliche Wochenend-Workshops der Jugendorganisationen machen Debattenkultur erlebbar. Mittels differenzierter Auslandsverbände lassen sich auch „Ex-Pats“ besser einbinden; Schnuppermitgliedschaften und Mitgliedschaften auf Zeit bauen Hemmschwellen ab. In den Blick genommen

werden könnte dabei im Übrigen das geltende Parteiengesetz, das in seiner jetzigen Form mit seinem strengen Örtlichkeitsprinzip schlicht der gesellschaftlichen Realität widerspricht. Es trägt der wachsenden Mobilität und vor allem durch das Internet neu hinzugekommenen Partizipationsmöglichkeiten nicht einmal im Ansatz Rechnung, sondern führt zu einer hierarchischen Parteistruktur, deren Unzeitgemäßheit potenzielle Aktive abschreckt und in die Arme parteiexterner Organisationen drängt.

## Der Faktor Selbstwirksamkeit

Der richtige Umgang mit Neumitgliedern, Gastmitgliedern und Interessenten ist von überragender Bedeutung für Parteien. Denn die Erwartungen neuer Mitglieder sind groß, ebenso wie die Gefahr, dass sie als „Karteileiche“ enden. Daraus folgt, dass sich der Erfolg einer kommunalen Parteigliederung nicht an der Zahl der (neuen) Mitglieder misst, sondern an der Zahl aktiver Mitstreiter. Entscheidend ist, dass die Neu(gierig)en schnell bemerken, dass sie etwas bewegen können. Für die *Partei mit Zukunft* ist daher oberstes Gebot, sie rasch in die politische Arbeit einzubinden. Dies gelingt nur, wenn die Partei ihre Mitglieder schnellst- und bestmöglich kennenlernt. Neumitgliederpflege ist zu wichtig, als dass sie den Zufällen der jeweiligen Ortsverbandskultur überlassen werden sollte. Daher beansprucht die *Partei mit Zukunft* bei diesem Thema – ausnahmsweise – mehr zentrale Steuerung. Die *Partei mit Zukunft* weiß aber auch, dass ihre Basis ein feines Sensorium dafür hat, ob sie ernst genommen wird. Placebo-Debatten, deren Ergebnisse für die Parteiführung keine Rolle spielen, schaden ihr daher nachhaltig.

Ein entscheidendes Motiv, sich zu engagieren, ist, Selbstwirksamkeit zu erfahren. Je mehr Chancen zur Mitwirkung bestehen, desto wahrscheinlicher ist es dem-

nach, tatsächlich Aktive zu gewinnen. Die *Partei mit Zukunft* erkennt, dass in der Öffnung von Debatten und Entscheidungsprozessen eine große Chance liegt. Meinungsvielfalt nimmt sie als Gewinn wahr, nicht als Zeichen mangelnder innerer Geschlossenheit. Dies gilt selbst für den Diskurs mit Andersdenkenden und anderen politischen Lagern Nahestehenden. In diesem Sinne gilt es, die vielfach schon bestehenden Print-Angebote im Umfeld der Partei zu nutzen. Genauso sollten die politischen Stiftungen nicht als „Unruhestifter“, sondern als Debattenplatz wahrgenommen werden. Auf diese Weise besetzt die *Partei mit Zukunft* Themen jenseits ihres *Mainstreams* und adressiert Interessenten außerhalb des bisherigen Einzugsgebiets. Öffnung und Vielfalt bedeuten nicht automatisch das Gegenteil von innerparteilicher Geschlossenheit.

Die genannten Prinzipien gelten genauso für den Umgang mit den Neuen Medien. Knapp zusammengefasst, heißt dies: Die *Partei mit Zukunft* begreift das Internet als Chance, das strikte Örtlichkeitsprinzip der Parteiorganisation zugunsten flexibler Kollaborationsinstrumente zu lockern und das innovative Potenzial der Mitglieder zu nutzen. Online-Partizipation kann die innerparteiliche Demokratie wie die lokale Verwurzelung stärken und die Durchlässigkeit der Basis an die Parteispitze befördern. Auch hier bedarf es eines Wirkungsversprechens: Wer virtuelle Landesverbände schafft, muss diesen Befugnisse geben, wer Standpunkte zur Diskussion stellt, muss die Ergebnisse umsetzen.

### Klarheit und Leidenschaft

Zu guter Letzt lohnt es, die politische Kommunikation zu überdenken. Grundlegend ist den Bürgern zuzutrauen, eine klare Sprache und vielleicht auch ein mehr an Ehrlichkeit zu ertragen. Daher überwinden die Vertreter der *Partei*

*mit Zukunft* die Vorstellung einer Allzuständigkeit und haben den Mut, Grenzen des eigenen Handelns zu kommunizieren. Zudem entkommen sie der „Operationalisierungsfalle“ und sprechen weniger von kleinteiligen Maßnahmen denn von langfristigen Zielen. Und sie finden eine Balance, welche die *Partei mit Zukunft* kennzeichnet: Auf der einen Seite weist sie die notwendige Professionalität auf, die komplexe Sachverhalte verlangen; auf der anderen Seite vermag sie möglichst viel von der dynamischen Problemlösungskompetenz an der Basis und dem pragmatischen Ethos der Kommunalpolitik in die Parteispitze zu vermitteln. Nur der möglichst kurze Draht zu den „amateurhaften Rändern“ der Partei sichert Ernsthaftigkeit, Experimentierfreude, Idealismus und Leidenschaft. Es sei vermerkt, dass den Parteien eine Rückbesinnung auf diese Tugenden in einer Medienlandschaft, die nicht aus jeder Diskussion eine innerparteiliche Machtprobe macht, leichter fallen dürfte. Solange bei den Bürgern der Eindruck entsteht, Emotion sei in höheren politischen Ebenen nicht zu finden, glaubt kaum ein Wähler daran, dass sich Politiker ernsthaft für sein Anliegen interessieren. Dies ist jedoch Grundvoraussetzung für wieder wachsendes Vertrauen. Dazu müssen Parteien leidenschaftlich Engagierte auch „ertragen“.

Die politischen Parteien haben in der Geschichte der Bundesrepublik viel Gutes geleistet. Das sollte ihnen das notwendige Selbstbewusstsein geben, sich mit aufrichtigem Interesse den nicht kleiner werdenden Sorgen und Nöten der Menschen in Deutschland und ihren Erwartungen an eine gestaltungsfähige Politik zu stellen. Die gelegentlich aufkeimende „Bevölkerungsverdrossenheit“ in den politischen Rängen darf keinen festen Platz in unserem Gemeinwesen bekommen. Es bedarf nicht weniger als einer Veränderung unserer politischen Kultur.